

Gemeinderat Aktuell - Sitzung vom 07.05.2020

TOP 1: Fragestunde für Einwohner

Keine Fragen

TOP 2: Arbeitsvergabe integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)

Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit fordert für die Programme der städtebaulichen Erneuerung, ein „Gesamtörtliches Entwicklungskonzept“ (GEK) und davon abgeleitetes „Gebietsbezogenes Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept“ (ISEK) für ein Sanierungsgebiet.

Für eine erfolgreiche Aufnahme in das Programm der Städtebauförderung im Jahr 2021, muss die Ausarbeitung von ISEK bis Juli 2020 sowie die Antragstellung bis Ende September 2020 erfolgen.

Beschluss:

Die Arbeitsvergabe für die Bearbeitung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) erfolgt an die Firma LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH, 70174 Stuttgart, zum Angebotspreis von brutto 14.506,10 Euro (Netto 11.500 Euro, zzgl. 6% Nebenkosten, zzgl. gesetzl. MwSt.).

TOP 3: Erlass der Kindergartengebühren und der Gebühren für die Kernzeitbetreuung für den Monat April

Bereits Anfang April 2020 wurde nach Beratung mit dem Gemeindegang und den Kommunen im Landratsamt Lörrach darüber entschieden, die Kindergartengebühren für die beiden Kindergärten und die Gebühren für die Kernzeit für den Monat April zunächst auszusetzen.

Die Gebühren für die Kindergärten und die Kernzeitbetreuung im Monat April betragen insgesamt 14.870,20 Euro. Darin sind nicht die Notbetreuungskinder enthalten. Für die Kernzeitbetreuung hat keine Notbetreuung stattgefunden.

Anfang April hat die Landesregierung mit der 100-Millionen-Soforthilfe einen Betrag von 14.213,28 Euro an die Gemeinde ausbezahlt. Davon sind 6.949,75 Euro als Kopfbetrag, der Rest als direkte Zuweisungen für die Kindergärten angewiesen worden.

Da viele Eltern und Familien mit den Folgen der Krise finanziell stark betroffen sind, und die Gebühren für den Monat April durch die Soforthilfe des Landes nahezu gedeckt sind, schlägt die Verwaltung vor, die Gebühren für die Kindergärten und die Kernzeitbetreuung für den Monat April für die Kinder zu erlassen, welche nicht in der Notbetreuung waren.

Gemeinderat Tobias Asal fragt nach, ob man für den Monat Mai auch gleich mit abstimmen kann, zumal eine Öffnung der Schulen und Kindergärten im Mai unwahrscheinlich ist.

Frau Dumont informiert über eine weitere Soforthilfe, die in Planung ist. Mit einem Beschluss über den Monat Mai sollte man warten, bis absehbar ist, wie hoch diese Soforthilfe sein wird. Der Einzug der Gebühren für den Mai wurde ausgesetzt. Außerdem verweist Sie auf die geplante schrittweise Öffnung der Schulen und dass die Kinder aus der Notbetreuung nicht gebührenbefreit werden sollen.

Gemeinderätin Doris Schütz erkundigt sich, ob die Notbetreuungszeiten von den normalen Betreuungszeiten abweichen und ob der Kopfbetrag der erhaltenen Soforthilfe zweckgebunden ist. Frau Dumont verneint beides.

Die Vorsitzende erklärt, dass in anderen Gemeinden der Kopfbetrag zum Beispiel in Pflegeheime fließt. Dies hat die Gemeinde Schwörstadt nicht, deshalb ist die Verwaltung der Meinung, dass man dieses Geld den Eltern zu Gute kommen lassen soll.

Gemeinderätin Doris Schütz äußert, dass je nachdem, wie die finanzielle Situation sich entwickelt auch nochmals über das Gesamtbudget beraten werden muss. Frau Dumont

antwortet, dass voraussichtlich keine Haushaltssperre erlassen werden muss. Abschließend kann man dies aber erst nach der Auswertung Ende Juni 2020 beurteilen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Gebühren für die Kernzeitbetreuung in der Schule und die Gebühren für die Kindergärten im Monat April 2020 für alle Kinder zu erlassen, welche nicht in der Notbetreuung waren.

Die Vorsitzende erwähnt der Vollständigkeit halber, dass dies auch für den katholischen Kindergarten Schwörstadt gilt.

TOP 4: Antrag auf Nutzungsänderung der bestehenden Werkhalle in eine Lagerhalle für Baumaterialien, Gerüste, Schalung, etc. sowie Neubau WC-, Aufenthaltsraum und Anbringung eines Werbeschildes

Flst.-Nr. 329/1 Bauort: Hauptstraße 198, Gemarkung: Schwörstadt

Für das Grundstück, Flst.-Nr. 329/1 wurde eine Umnutzung des derzeit leerstehenden Betriebsgebäudes, in eine Lagerhalle für Baumaterialien, Gerüste, Schalung etc. sowie der Neubau eines WC-Raumes im bestehenden Betriebsgebäude, beantragt. In einem 16 m² großen Container, angrenzend am südlichen Teil des Betriebsgebäudes, soll ein Aufenthaltsraum geschaffen werden. Das Werbeschild des Unternehmens soll an der westlichen Gebäudewand angebracht werden.

Der Bauherr beabsichtigt zwei bewegliche Hochregale zur Lagerung von Schalungsmaterial. Jeweils ein Hochregal soll an der südlichen (L 8m * B 1,20m * H 7,50m) und westlichen (L 12m * B 1,20m * H 7,50m) Gebäudewand platziert werden.

Gemeinderat Matthias Kipf erkundigt sich, ob Büroräume geplant sind oder ob diese am bisherigen Standort bleiben.

Frau Konca Mazlum erklärt, dass auf dem Antrag keine dargestellt sind. Ein Aufenthaltsraum soll entstehen, was jedoch eine Nutzung dieses Raumes als Büroraum nicht ausschliesse, so die Vorsitzende.

Gemeinderat Frank Lückfeldt fragt nach, ob ein Zaun entlang des öffentlichen Weges geplant ist.

Die Vorsitzende erteilt dem Bauherrn das Wort.

Der Bauherr erläutert, dass auf der westlichen Seite (zu Flst.Nr. 369) eine grüne Hecke geplant ist. Eine Umzäunung zur Hauptstraße und zum Wald hin, ist derzeit nicht vorgesehen, wäre aber auch machbar.

Gemeinderat Frank Lückfeldt sieht eine gewisse Gefahr, die von gelagerten Baumaschinen usw. ausgeht. Der Bauherr antwortet, dass das Grundstück zur Sicherheit eingezäunt werden kann. Die Vorsitzende verweist auf die einzuhaltenden Abstandsflächen.

Gemeinderat Stephan Frank befürchtet, dass der öffentliche Weg dann zu eng wird.

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass das Weggrundstück sich nach hinten verengt und man daher bisher über fremdes Eigentum gefahren ist, wenn man den Weg mit einem Traktor befahren hat. Ein Befahren wird in Zukunft ausschließlich über den Weg nicht mehr möglich sein.

Gemeinderätin Doris Schütz erkundigt sich nach dem eingetragenen Überfahrtsrecht, das komplett um das Gebäude herumführt.

Die Vorsitzende erläutert, dass die zwei Grundstückseigentümer dieses vereinbart haben. Der Bauherr erklärt, dass der andere Grundstückseigentümer nicht mehr an die Rückseite seiner Halle kommen würde ohne das Überfahrtsrecht.

Gemeinderätin Doris Schütz fragt nach, wann die Nutzungsänderung für den östlichen Teil des anderen Grundstückseigentümers beantragt wird.

Frau Mazlum geht davon aus, dass der Antrag demnächst gestellt wird, da er bereits in Bearbeitung ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag auf Nutzungsänderung der bestehenden Werkhalle in eine Lagerhalle für Baumaterialien, Gerüste, Schalung etc. sowie Neubau WC-, Aufenthaltsraum und Anbringung eines Werbeschildes zu.

TOP 5: Erweiterung des bestehenden Wohnhauses mit Antrag auf Befreiung (Überschreitung des Baufensters)

Flst.-Nr. 3073, Bauort: Schopfheimer Straße 19, Gemarkung: Dossenbach

Gemeinderat Arndt Schönauer stellt den Antrag diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen, da der Ortschaftsrat Dossenbach noch nicht über den Bauantrag beraten und beschlossen hat, nur im Umlaufverfahren sollte das nicht geschehen.

Gemeinderat Stephan Frank spricht sich für die Beschlussfassung in der heutigen Sitzung vorbehaltlich der Genehmigung des Ortschaftsrates aus. Gemeinderat Matthias Kipf unterstützt den Antrag auf Absetzung, da bisher zu wenige Fakten vorliegen. Gemeinderat Frank Lückfeldt spricht ebenfalls die fehlenden Fakten an und befürwortet eine Vertagung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

TOP 6: Bekanntgaben, Anregungen und Fragen des Gemeinderates

Bekanntgaben durch die Vorsitzende:

- In der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 23. Januar 2020 wurde der Ernennung von Feuerwehrehrenmitgliedern zugestimmt. Diese werden erst noch durch die Feuerwehr geehrt werden, weshalb die Namen noch nicht bekanntgegeben werden.
- Es wird eine Stelle für ein freiwilliges soziales Jahr in der Schule am Heidenstein ab September 2020 eingerichtet.
- Der Maßnahmenplan «Corona» sollte eigentlich vorgestellt werden, man wollte wegen Corona die Sitzung nicht weiter ausdehnen.

Beantwortung von Fragen des Gemeinderates durch die Vorsitzende:

- Gemeinderat Kipf fragte in der letzten Sitzung nach Kriterien für die Waldbewirtschaftung entlang der Straßen. Die Vorsitzende informiert über die Antwort von Forstrevierleiter Herrn Thomas Hirner. Bei Hiebsmaßnahmen entlang von Straßen ist die Stabilität des entsprechenden Bewuchses und die Beseitigung einer potenziellen Gefahr für die Verkehrswege Kriterium. Das von Gemeinderat Kipf angesprochenen Eschentriebsterben hat Herr Hirner im Blick.
- Gemeinderat Harald Ebner stellte in der letzten Sitzung einen Antrag auf ein Linksabbieger-Schild an der Hauptstraße auf Höhe Abzweigung ehem. Conversa von Rheinfeldern kommend. Dieser Antrag ist noch in Bearbeitung, da durch die Corona-Pandemie andere Aufgaben Priorität hatten.
- Gemeinderat Jörg Schmidt bat um Mitteilung des Sachstands bezüglich der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h auf der B34 innerorts. 2018 wurde vom Gemeinderat das Lärmschutzgutachten beschlossen. Die Träger öffentlicher Belange wurden angehört. 2 Institutionen haben keine Rückmeldung gegeben. Die Stadt Rheinfeldern forderte daraufhin, dass man diese 2 Institutionen nochmals anschreibt. Auf das nochmalige Anschreiben erfolgte auch keine Reaktion, weshalb die

Verwaltung von Zustimmung ausgeht. Im April 2020 wurde nun der offizielle Antrag gestellt.

- Auf die Frage der Gemeinderäte nach dem Sachstand des Baugebietes am Rhein in der letzten nichtöffentlichen Sitzung, teilt die Vorsitzende mit, dass inzwischen alle Voraussetzungen für die Erstellung eines Bebauungsplanes vorliegen. Aber private Eigentümer noch Fragen haben. Da die Gemeinde das Einvernehmen mit den Eigentümern anstrebt, hat Frau Mazlum in Zusammenarbeit mit Herrn Linder alle Fragen sortiert und schriftlich einen Fragenkatalog mit Antworten zusammengestellt. Dieser wurde dem Gemeinderat als Tischvorlage ausgehändigt. Die Gemeinderäte haben bis 14.05.2020 Zeit Ihre Rückmeldung abzugeben. Danach werden die Unterlagen an die betroffenen Eigentümer weitergeleitet.

Anregungen und Fragen des Gemeinderates

Gemeinderat Stephan Frank fragt nach, ab wann der Friedhofsweg wieder freigegeben wird. Außerdem erbittet er Informationen über das Schwimmbad aus dem Jahr 1935. Frau Dumont wird ihm die Unterlagen nach Sichtung der Akten weiterleiten.

Gemeinderat Arndt Schönauer erkundigt sich nach dem Sachstand der Rutschungssanierung der Bergstraße. Frau Mazlum teilt mit, dass Sie in Kontakt mit Herrn Hoffmann (Planungsbüro Süd-West GmbH) und Herrn Lenz (Geotechnisches Institut GmbH) ist. Ein Angebot liegt noch nicht vor.